

CDU aktuell

Das digitale Mitteilungsblatt des CDU- Kreisverbandes
Bodenseekreis

August 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

Newsletter zur Überbrückung

Die ein oder anderen werden es in ihrem Briefkasten vermisst haben: Das „CDU-Intern“, unsere langjährige Mitgliederzeitschrift mit Informationen aus dem Landesverband aber auch mit einem Überblick über die vielen Veranstaltungen unserer Ortsverbände und des Kreisverbandes sowie unserer Mandatsträger vor Ort am Bodensee. Bis ein Nachfolgedruckwerk gefunden sein wird, überbrücken wir mit dem hier in erster Auflage vorliegenden elektronischen Newsletter. Wir wünschen eine gute Lektüre!

Die Zerreißprobe

Dreiundsechzigpunkte umfasst der „Masterplan Migration“ des Bundesinnenministers Horst Seehofer, welcher beinahe zum Bruch der Koalition – ausgerechnet zwischen den Schwesterparteien CSU und CDU – geführt hätte. Und dabei hatte Seehofer grundsätzlich mehr als Recht, ein weiteres Maßnahmenpaket zur Begrenzung der Flüchtlingszahlen zu fordern, denn die nüchternen Zahlen an Menschen aber auch an Nebenwirkungen auf das Land – wie die Anzahl von kriminellen Übergriffen – machten ein weiteres starkes Anziehen der Stellschrauben in der Asylpolitik unumgänglich. Und es war tatsächlich nur einer der Punkte des Maßnahmenpapiers, der sich zum Machtkampf zwischen Kanzlerin Merkel und ihrem bayerischen Minister hochschaukelte.

Über den Rest der Vorhaben herrschte und herrscht in der Union Konsens, und die Union ist es auch, die in der Migrationspolitik nach den erfolgreichen Maßnahmen der Asylpakete I und II damit erneut steuernd und begrenzend eingreift. Beim Streit um „Punkt 63“ jedoch haben beide Protagonisten des Machtkampfes eine verheerende



Figur abgeliefert. Der Dreh- und Angelpunkt des erbitterten Streits: Die Zurückweisung von Flüchtlingen, die bereits in einem anderen Land registriert wurden. Merkel war dagegen, weil sie eine europäische Lösung wollte und nicht ein Zurückweisungs-Domino an den Grenzen, Seehofer dürfte juristisch die stärkeren Argumente in der Hand gehalten haben, schaukelte den Punkt aber in Relation zum Wirkungsgrad unangemessen hoch. Schließlich bleibt die Erkenntnis, dass erst Seehofers Hartnäckigkeit den Druck auf die Kanzlerin so weit erhöhte, dass eine europäische Verständigung zumindest vorankam. Ob der Preis es Wert war, nämlich ein weiterer Einbruch der Unionsparteien in der Gunst der Bürger kann klar beantwortet werden: Nein. Am Ende des Streits wird Angela Merkel nun verstärkt als „Flüchtlingskanzlerin“ wahrgenommen, Horst Seehofer und seine CSU rutschten in der

Wahrnehmung in Richtung AfD. Es sei mir an dieser Stelle eine persönliche Note erlaubt: Durch die persönliche Starrköpfigkeit und die unreflektierten Pauschaläußerungen der Kanzlerin in der Flüchtlingspolitik werden sämtliche sinnvollen Bemühungen der Union zur Steuerung der Flucht in den letzten Jahren regelmäßig überlagert und daher kaum öffentlich wahrgenommen. Ich wünsche mir mehr politisches Gespür.

Der Jahrhundertssommer 2018

Er begann mit einem außergewöhnlich warmen und trockenen Frühjahr, es folgte ein Bilderbuchfrühjahr und es endet mit einer Hitze- und Trockenperiode, unter der Natur, Mensch und Tier ächzen. Dramatisch sind nicht nur die Bilder ausgetrockneter Flussbetten oder bereits im August Laub abwerfender Bäume. Besorgniserregend ist auch der Anblick mancher verdorrter Felder. Die Landwirte verdienen die Unterstützung der Politik in diesen außergewöhnlichen Zeiten. Insbesondere bei Ernteaussfällen, wie es Ministerin Klöckner bereits in Aussicht stellte. Hoffen wir, dass der Klimawandel nicht für dauerhafte Sommer dieser Art sorgen wird, dies wäre eine Gefahr für die uns bekannte Kulturlandschaft aber auch für viele bäuerliche Existenzen.

Riebsamen, Lins, Schuler und Burger auf Sommertour

Unsere Abgeordneten waren noch mitten in der Ferienzeit vorbildhaft unterwegs im Wahlkreis: Lothar Riebsamen MdB erkundet auf seiner „Energietour“ die verschiedensten Anlagen und Unternehmen im Wahlkreis, Norbert Lins MdEP stattete unserem Verband einen Besuch im Deggenhausertal ab und sprach dort mit Landwirten, August Schuler MdL ist im östlichen Kreisgebiet unterwegs, um mit Bürgern ins Gespräch zu kommen und auch Klaus Burger MdL ist im Westkreis für die CDU aktiv. Wir können uns glücklich schätzen, dass unsere Abgeordneten nicht nur in Berlin, Brüssel und Stuttgart für den Bodenseekreis stehen sondern sich regelmäßig als fest verwurzelte Vor-Ort-

Politiker „zum Anfassen“ präsentieren. Andere Parteien können damit nicht aufwarten. Wir sind eben doch weiterhin Volkspartei. Die letzte.

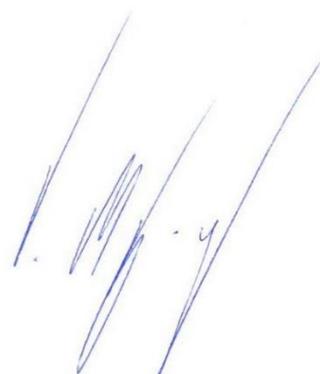
Kommunalwahlen stehen an!

Am 26. Mai 2019 finden die nächsten Kommunalwahlen in Baden-Württemberg statt. Unsere CDU Ortsverbände sind daher jetzt schon gefordert, gemeinsam mit den Fraktionsmitgliedern in Ortschaftsräten, Gemeinderäten und Kreistag die Weichen für die Nominierungsveranstaltungen zu stellen. Wer kandidiert wieder? Wen kann man dazu gewinnen? Wann und wo sollen die Nominierungen stattfinden? Nach der kurzen politischen Sommerpause muss bereits mit der Umsetzung begonnen werden. Wir wollen populistischen Parteien, die auch auf kommunaler Ebene an Sympathisanten dazu gewinnen, die Stirn bieten und die Mehrheiten in den kommunalen Gremien erringen. Das muss auch weiterhin der Anspruch der lokalen CDU sein!

Bis dahin wünsche ich Ihnen einen schönen, nicht all zu heißen Sommer! Schöne Ferien, erholsame Urlaubstage oder aber zumindest einige entspannte Stunden in unserer schönen Bodenseeregion!

In diesem Sinne: Behalten Sie einen kühlen Kopf!

Herzlichst Ihr



Volker Mayer-Lay

CDU Bodenseekreis befasst sich mit B30-Umfahrung Meckenbeuren

Nachdem das Regierungspräsidium Tübingen per Pressemitteilung den weiteren Verfahrensgang der B30-Planung mit der Umfahrung Meckenbeuren in die Öffentlichkeit gebracht hatte – ohne, dass dabei eine der drei im Raume stehenden Varianten bereits endgültig ausgeschlossen wurde – befasste sich der Kreisvorstand der CDU Bodenseekreis erneut mit den verschiedenen Optionen der Trassenführung. Mit CDU-Vertretern der Gemeinden Meckenbeuren und Tettngang sowie mit Landrat Lothar Wölfle wurden die Varianten „West“, „Mitte“ und „Ost“ näher betrachtet. Dabei wurde festgehalten, dass sich alle wesentlichen Gremien – also sowohl die Gemeinderäte von Meckenbeuren, Tettngang und auch Friedrichshafen als auch der Kreistag – für eine Präferenz der Variante West ausgesprochen hätten. Deren Hauptvorteil gegenüber der Trasse „Ost“ ist dabei auch für den CDU Kreisvorstand deren kürzere Strecke von rund 6 km, auf der täglich 40.000 Fahrzeuge erwartet werden. Die östlich von Meckenbeuren verlaufende Trasse würde bei 20 % mehr Verkehrswegen von Pkws somit eine deutlich höhere CO²-Belastung bedeuten. Darüber hinaus seien bei der Osttrasse wertvolle landwirtschaftliche Flächen betroffen, die für Sonderkulturen verwendet würden. Für die betroffenen Landwirte würde dies ernst zu nehmende Folgen haben, so die Meinung im Kreisvorstand. Landrat Lothar Wölfle stellte andererseits fest, dass mit der bislang weniger beliebten Osttrasse immerhin die Querspange Tettngang, die Verlegung der L 333 und eine Umfahrung von Liebenau mit beinhaltet wären. „Jede Trasse hat somit auch Vorteile“, so der Landrat.

In Anbetracht der momentanen Situation, dass aus Gründen des Artenschutzes am Ende des

Planungsprozesses nur noch die Variante Ost übrig bleiben könnte, wurde die gesetzliche Situation deutlich hinterfragt.



Foto (v.li.): Der Fraktionssprecher der Tettninger CDU Gemeinderatsfraktion Manfred Ehrle, der CDU Kreisvorsitzende Volker Mayer-Lay, die stellv. Vorsitzende der CDU Meckenbeuren Edeltraut Feistner und der Landrat des Bodenseekreises Lothar Wölfle diskutieren die verschiedenen Trassenvarianten

Einigkeit herrscht im CDU-Kreisvorstand dahingehend, dass der momentane Stellenwert gesetzlicher Bestimmungen zum Artenschutz in der Planungspraxis oft nicht mehr in Relation zu den gewichtigen planerischen Zielen stünde. „Selbstverständlich müssen jedem verantwortungsbewussten Bürger der Artenschutz und die Wahrung der artenschutzrechtlichen Normen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) am Herzen liegen“, so CDU-Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay. Dass jedoch die §§ 44 ff. BNatSchG absolute Verbotstatbestände darstellten, die überhaupt keine Abwägung zwischen einer im Zweifelsfall sogar rein abstrakten Gefahr für eine im Planungsgebiet vorhandene geschützte Art einerseits und konkreten Nachteilen des Menschen auf der anderen Seite zuließen, sei nur schwer nachvollziehbar, so Mayer-Lay weiter. Als beispielhaft für diesen Schiefstand der

Planungspraxis wurde der Fall einer Ortsumfahrung in Sachsen besprochen: Hier wurde die Planung durch Bundesverwaltungsgerichtsurteil gestoppt, da nicht gewährleistet gewesen sei, dass die am Rande der Trasse lebenden Eidechsen sich nicht selbst auf die Straße begeben könnten und dort überfahren würden. „Man täte gut daran, diese gesetzliche Situation objektiv und ergebnisoffen auf den Prüfstand zu stellen“, so die einhellige Meinung der CDU Vorstandschaft. Der CDU Kreisvorstand sah es als dem Bürger schwer vermittelbar an, dass auch die B30-Planung bei Meckenbeuren durch bloße Feststellungen eines Gutachtens besiegelt werden könnte.

CDU im Einsatz für die Bodenseefischer

Der Stadtverbandsvorsitzende der CDU Friedrichshafen, Kreisrat Manuel Plösser, sowie der Vorsitzende der CDU Bodenseekreis, Volker Mayer-Lay, trafen den Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk MdL im Landtag zum Gespräch. Grund für das Treffen war die aktuell sehr emotional geführte öffentliche Debatte über die schwierige Situation der Bodenseefischer und über mögliche Aquakulturen im Bodensee. Bei dem mehrstündigen Arbeitsgespräch waren zudem die Abgeordneten Dr. Patrick Rapp MdL, seines Zeichens Vorsitzender des Arbeitskreises Ländlicher Raum und Verbraucherschutz, der CDU Generalsekretär Manuel Hagel MdL und MdL August Schuler anwesend. Den beiden Vertretern der Christdemokraten vom Bodensee ging es darum, auch in Stuttgart für die Anliegen der Berufsfischerei und damit zusammenhängend der ortsansässigen Gastronomie am See aber auch für die vorherrschende öffentliche Meinung zu

sensibilisieren und zu werben. Die Sorgen um die stark rückläufigen Fangerträge wurden direkt beim Minister, den Abgeordneten und seinen Fachmitarbeitern vorgetragen, welche die Anliegen sehr ernst aufgenommen haben. Weiterer Gesprächsinhalt waren die den Fischreichtum im See negativ beeinflussenden Faktoren wie die stark zunehmenden Bestände an Kormoran oder Stichling. Nachdem die CDU Bodenseekreis bereits einen entsprechenden Parteitagsbeschluss verabschiedet hat, ging es Mayer-Lay und Plösser einerseits darum, die kritische Haltung gegenüber Aquakulturen im Bodensee zu betonen und andererseits Alternativen zur Verbesserung der Erträge zu erörtern.

Für den Minister hat der Erhalt von Felchen am Bodensee eine zentrale Bedeutung, Felchen seien ein wichtiger Teil des Bodensees. In der Frage der Aquakulturen im See zeigte sich der Minister neutral. Es gebe bestehende gesetzliche Regelungen, nach denen ausschließlich das zuständige Landratsamt bei einem etwaigen Antrag zu entscheiden hätte. Einig war man sich, dass Aquakulturen am See, wie sie auch im Koalitionsvertrag vereinbart seien, eine Option für die Zukunft sein könnten. MdL Patrick Rapp stellte klar, dass sich das Ministerium bereits wissenschaftlich mit der übermäßigen Population des räuberischen Stichlings befasse und dieses biologische Phänomen untersuche. Schließlich regten Plösser und Mayer-Lay auch eine kritische Auseinandersetzung mit den enorm anwachsenden Kormoranbeständen und den damit verbundenen massiven Schäden an der Fischpopulation an. „Dieser massiven Beeinträchtigung der Fangerträge muss entschieden entgegengetreten werden“, so Plösser. In der Gesamtdiskussion um Fangquoten spiele dieser Faktor eine wesentliche Rolle, erklärten Plösser und Mayer-Lay übereinstimmend. Dieses Problem trete

länderübergreifend um den ganzen See auf und dürfe nicht weiter ignoriert werden.



Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay und Stadtverbandsvorsitzender der CDU Friedrichshafen zu Besuch bei Minister Peter Hauk in Stuttgart

Die sehr sachliche Diskussion beendeten alle Teilnehmer mit dem Fazit: Die Förderung und Unterstützung des Kulturgutes Bodenseefisch bleibt ein Anliegen der CDU in Kreis und Land. Das Felchen gehört zum Bodensee wie die Obstbäume und das Bergpanorama. Mayer-Lay und Plösser waren dem Minister dankbar, dass im Gesamtthema so große Übereinstimmung und Einigkeit herrscht.

CDU regt Pilotprojekt zur Kurzzeitpflege durch die Sozialstation in Salem an

Die CDU Bodenseekreis fordert für die Sozialstation Bodensee e. V. ein Pilotprojekt zur Kurzzeitpflege auch ohne deren Heimstatus. Es wurde bereits öffentlich berichtet, dass das Sozialministerium des Landes der Sozialstation Bodensee für deren Projekt „Tages-/Nachtpflegezentrum“ in Salem finanzielle Unterstützung zugesagt hat (nachdem zunächst eine Absage kam). Bei einem Besuch vor Ort erfuhren die CDU Abgeordneten Lothar Riebsamen (Bundestag) und Klaus Burger (Landtag) vom Vorstandsvorsitzenden Wolfgang Jauch, dass eine Anfrage beim Sozialministerium bezüglich Einrichtung eines an ambulante Strukturen angepasstes Kurzzeitpflegezentrums als Pilotprojekt bislang jedoch unbeantwortet blieb. Der grüne Sozialminister des Landes Manfred Lucha betonte bei seinem Besuch der Sozialstation im September 2017, dass laut derzeitiger Gesetzeslage Kurzzeitpflege nur in einem „Heim“ angeboten werden dürfe. Hierunter falle die Sozialstation per Definition nicht. Nachdem die neue große Koalition - nicht zuletzt auf einen Antrag von Riebsamen und Burger aus dem Jahr 2016 hin - die Förderung der Kurzzeitpflege ausdrücklich in den Koalitionsvertrag aufgenommen habe, sei es nach Meinung der CDU im Bodenseekreis jetzt auch am Landessozialministerium, solche Vorhaben auch zu ermöglichen. Die beiden Abgeordneten sowie der Kreisvorsitzende der CDU Bodenseekreis Volker Mayer-Lay und sein gesamter Vorstand regen daher mit Nachdruck an, hier einen positiven Präzedenzfall zu schaffen und in einem Pilotprojekt der Sozialstation Bodensee e.V. zu ermöglichen, neben der Tages- und Nachtpflege auch dringend benötigte Kurzzeitpflegeplätze anzubieten.



Unser Bild zeigt v.l.: Klaus Burger MdL, Lothar Riebsamen MdB und den Vorstandsvorsitzenden der Sozialstation Bodensee Wolfgang Jauch beim Gespräch vor Ort

Kandidaten vom Bodensee auf der Europawahl

Bei der Bezirksvertreterversammlung der CDU zur Aufstellung der Kandidaten zur Europawahl, welche am 13.04.2018 in Untermarchtal stattfand, haben sich auch zwei Christdemokraten vom Bodensee durchgesetzt.

Auf Platz 4 – also dem Spitzenplatz der Liste für den hiesigen Regierungsbezirk – wurde erneut Norbert Lins mit rund 99% der Stimmen nominiert. Dass der 40-jährige Norbert Lins MdEP aus Pfullendorf – ursprünglich aus Horgenzell stammend – mit einem solch überragenden Ergebnis als Spitzenkandidat wieder nominiert wurde, ist die konsequente Folge aus seiner so wichtigen Mandatsausübung für unsere Region.

Carola Uhl ist 60 Jahre alt und die langjährige Vorsitzende der CDU Bermatingen. Im Gemeinderat von Bermatingen ist die Sachgebietsleiterin seit vielen Jahren und auch im Kreisvorstand der CDU Bodenseekreis ist sie

seit langem Mitglied. Carola Uhl hat sich auf Ersatzplatz 14b der Landesliste beworben und wurde durch die Versammlung mit einem sehr guten Ergebnis gewählt. „Europa ist die Chance, dass wir – anders als unsere Eltern, Großeltern oder Urgroßeltern – friedlich mit unseren Nachbarländern leben können“, sagte sie.

Mit Axel Häberle wurde ein Vertreter auf Platz 19b bestätigt, der schon zum wiederholten Male Listenkandidat und Wahlkämpfer ist. Häberle ist seit fast 20 Jahren Mitglied im Hagnauer Gemeinderat, stellvertretender Ortsvorsitzender der CDU Meersburg und Vorsitzender der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) im Bodenseekreis. „Für mich ist Europa das Symbol für Frieden und Wohlstand. Aus diesem Grund setzen sich viele Arbeitnehmer gemeinsam für ein blühendes Europa der Arbeitnehmer ein“, sagt Häberle, der beruflich seit vielen Jahren in der ADAC Zentrale in München arbeitet.



Bild v.li.: Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay, Axel Häberle, Europaabgeordneter Norbert Lins, Carola Uhl

Volker Mayer-Lay, Kreisvorsitzender der CDU Bodenseekreis zeigt sich zufrieden: „Mit Carola Uhl und Axel Häberle haben wir zwei erfahrene Wahlkämpfer auf der Landesliste, welche am 5. Mai nur noch auf der Landesvertreterversammlung bestätigt werden muss“. Beide seien mit ihrer

kommunalpolitischen Erfahrung ideal für ein europapolitisches Engagement geeignet, da dieses in besondere Weise kommunale Themen betreffe, so der Kreisvorsitzende weiter.

CDU HEILIGENBERG

Umweltaktion

Wieder ein voller Erfolg war der Umweltag des CDU-Ortsvereins Heiligenberg am Samstag 14. April gewesen. Bei strahlendem Sonnenschein trafen sich Heiligenberger Bürger nun zum 28. Mal zur Beseitigung von Müll im Gemeindegebiet. Unter dem Begriff Umweltag ist eine Dorfputzete im erweiterten Sinne zu verstehen, denn das Sammeln von Müll beschränkt sich nicht nur auf die Teilorte von Heiligenberg, sondern erstreckt sich über viele Kilometer entlang der Landesstraße L 201, den Kreisstraßen sowie auch den Waldwegen und der Friedwälder.

Besonders erfreulich war die rekordverdächtige Anzahl von 42 Bürgern an der Aktion. So viele Helfer, darunter auch viele Kinder, eine Abordnung der Freiwilligen Feuerwehr Heiligenberg und Teilnehmer von der Camphill Dorfgemeinschaft Hermannsberg, hatte es schon lange nicht mehr gegeben, sagte CDU-Ortsvereinsvorsitzender Siegfried Müller.

„Das Umweltbewusstsein ist gestiegen“, resümierte Müller. Insgesamt sei das Sammelergebnis verglichen mit vor etwa 10 Jahren deutlich weniger geworden. Dennoch wurden wieder jede Menge Bierflaschen entlang der Straße zwischen Wintersulgen und der L201 gefunden. Erstmals waren seit Jahren, neben Plastik und anderem Unrat, auch wieder größere Mengen Baumüll zu bergen.

Dennoch zeige das langjährige Engagement für die Sauberkeit in der Natur Erfolg, betonte Müller. Statt wie früher bis zu vier Container reiche inzwischen ein Container aus. Dennoch

gibt es nach wie vor gedankenlose Menschen, die beispielsweise, um sich den geringen Entsorgungsbetrag zu sparen, ihren Abfall lieber in den Wald werfen, anstatt sie ordnungsgemäß und umweltschonend zu entsorgen.



Viele Helfer beim Umweltag der Heiligenberger CDU

Nach der Müllsammelaktion stärkte sich die Mannschaft in der Zunftstube des Narrenvereins Wolkenschieber mit Speisen und Getränken, die von allen Heiligenberger Gastronomiebetrieben und Lebensmittelgeschäften sowie die Gemeinde Heiligenberg gespendet wurden. Im Einzelnen bedankt sich CDU Ortsverein bei allen Helferinnen und Helfern sowie beim Hotel Heiligenberg business & balance, Bayerischer Hof, Gasthof Hosbein, Landgasthof Post, Ambiente Da Pino, Park-Klause, Gasthaus Hack, Poststüble, Bäckerei Baader-Jäger, Schloss-Café Neyer und der Gemeinde Heiligenberg für Ihre Unterstützung bei dieser nützlichen Aktion.

CDU BERMATINGEN

Energieforum Elektromobilität

Elektromobilität war Thema des Vierten Energieforums am **18.08.18** in Bermatingen auf Einladung der CDU Bodenseekreis mit ihrem AK Energie&Umwelt und dem Ortsverband Bermatingen. Kann die Mobilitätswende im Bodenseekreis gelingen? Impulse zu diesen Fragen gab eine kleine Ausstellung, verschiedene Impulsreferate und insbesondere das Podiumsgespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Lothar Riebsamen, Dipl.-Ing. (FH) Stefan Kesenheimer von der IHK Bodensee-Oberschwaben und Amtsleiter Peter Neisecke Umweltschutzamt, Landratsamt Bodenseekreis unter der Moderation des Kreisvorsitzenden der CDU Bodenseekreis, Volker Mayer-Lay.

Das Energieforum informierte über Themen wie Ladeinfrastruktur Bodenseekreis, alternative Mobilitätsformen, technische Entwicklungen, Chancen und Probleme für Endverbraucher, Gewerbe und Industrie.



(Foto: v.l.n.r: Rico Goede, Kommunalberater EnBW / Volker Mayer-Lay, CDU Kreisvorsitzender / Stefan Kesenheimer, IHK Bodensee-Oberschwaben / Lothar Riebsamen, MdB / Peter Neisecke, Leiter Umweltschutzamt Bodenseekreis / Manuel Sailer, Anbieter von Elektro-Rollern / Carola Uhl, CDU Bermatingen)

CDU BERMATINGEN

Köstlichkeiten und Historisches aus der Landwirtschaft erkundete die CDU Bermatingen beim ihrem Ausflug unter dem Motto „Frühlingswecken“.

Überraschungen gab es bereits auf der kurzen Wanderung von Ittendorf zum Obst- und Beerenhof Pflegehaar in Reute: Saft- und Sektumtrunk inmitten der Obstanlagen auf Einladung von Karl Volz, Elektrotechnischer Unternehmer aus Bermatingen. Er hatte das Frühlingswecken sich ausgedacht und bestens organisiert. Auf der Rundfahrt mit dem Beerenzügle durch den Beerengarten und Obstgärten informierte Landwirt Pflegehaar über Anbau, Pflanzenschutz und Düngungen der Anlagen.



Nach der Kaffeepause mit köstlichem selbstgebackenen Kuchen schloss sich eine Besichtigung des privaten Museums von Karl Wiest in Ittendorf an. Seine Ausstellung von landwirtschaftlichen Gegenständen und Haushaltsgerätschaften fand großes Interesse.



Krönender Abschluss des Frühlingsweckens war die Besichtigung des Obsthofs Steffelin mit Hofladen, den Ferienwohnungen und der Besenwirtschaft, in der beim gemeinsamen Essen der ofenfrischen Dinnele mit Vertretern der CDU Markdorf auch Probleme der Verkehrsinfrastruktur andiskutiert wurden.

CDU MARKDORF

Unerlässlicher Wirtschaftsfaktor und doch häufig im falschen Licht? Ruf der Landwirtschaft im Stadtgespräch-Fokus

Der Landtagsabgeordnete Klaus Burger ging beim jüngsten Stadtgespräch der Markdorfer CDU auf das Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft ein. Die Diskussion zeigte: Einige Landwirte sorgen sich um den Ruf ihrer Branche.

"Verbraucherschutz und Landwirtschaft im grünschwarzen Ländle" lautete das Thema bei der jüngsten Veranstaltung in der Reihe Stadtgespräche der Markdorfer CDU. Besonders die Rolle und große Leistung der heimischen Landwirte hob dabei Klaus Burger, Landtagsabgeordneter und Mitglied im Arbeitskreis Ländlicher Raum und Verbraucherschutz, in seinem Vortrag hervor.

Jeder zehnte Arbeitsplatz davon abhängig

"Es gab noch nie so gute und gesunde Lebensmittel seit der Nachkriegszeit." Diesen Verdienst schreibt Burger klar den rund 40 000 Landwirten in Baden-Württemberg zu, die ihm zufolge jährlich etwa 4,3 Milliarden Agrarprodukte produzieren. Zudem hänge jeder zehnte Arbeitsplatz direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab und jeder dritte Apfel stamme vom Bodensee.

Häufig in ein schlechtes Licht gerückt

Alle diese Zahlen machen seiner Ansicht nach die Landwirtschaft zu einem enorm starken wie unerlässlichen Wirtschaftsfaktor, jedoch werde

sie allzu häufig in ein schlechtes Licht gerückt. "Es gibt ein Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft", sagte Burger. "Allzu häufig wird den Landwirten pauschal die Schuld für Umweltprobleme wie etwa das Insektensterben gegeben." Auf der einen Seite werfe man ihnen zu hohe CO2-Emissionen vor und gleichzeitig nehme man das von ihnen eingespeiste Biogas gerne an. Klaus Burger wünscht sich einen faireren Umgang mit den Landwirten und ihrem Tun.

Vorteil für Verbraucher und Landwirte

In Sachen Tierhaltung müsse klar entlang der geltenden Gesetze gewirtschaftet werden, denn nur so könne man dem Verbraucher Produktqualität und -sicherheit gewährleisten. "Eine gute Tiergesundheit und ein gutes Wohlbefinden ergeben nun mal bessere Erträge und das ist für beide – Verbraucher und Landwirte – von Vorteil", so Burger.



Markdorfs Ortsvorsitzende Susanne Schwaderer dankt MdL Klaus Burger

"Wenn Glyphosat nicht gewollt ist, müssen Alternativen her"

Aber es gibt auch ganz andere Bedrohungen, wie etwa die afrikanische Schweinepest, die zwar für den Menschen völlig ungefährlich sei, aber für die heimischen Schweinebestände eine große Gefahr darstelle und so auch den Verbraucher betreffe. Dazu hat Burger eine klare Forderung: "Hier muss viel mehr Gewicht auf die Forschung gesetzt werden, damit man solchen Bedrohungen etwas entgegensetzen kann." Auch bei Glyphosat müsse die Forschung ansetzen, denn: "Wenn das Mittel nicht gewollt ist, dann

müssen Alternativen her." In Zukunft werden Burgers Ausführungen nach der Tier- und Umweltschutz über die Forschung verstärkt Eingang in die Gesellschaft bekommen, was zu einer offeneren und zu begrüßenden Diskussion führen werde.

Ruf bei den Verbrauchern im Fokus

Während der Diskussion, an der sich anschließend einige Landwirte beteiligten, ging es vor allem um deren Ruf bei den Verbrauchern. So werde schon bei den Begriffen "biologisch" und "konventionell" eine einseitige Wertung eingebracht, hieß es beispielsweise. "Das fängt schon mit den Schulbüchern an, denn da wird schon falsch über die Landwirtschaft geschrieben", klagte Landwirt Markus Mock. Es sei schlicht falsch, die konventionelle Landwirtschaft gegenüber der biologischen als etwas schlechteres darzustellen.

Vorschlag: Ein neuer Begriff für "konventionell"

Franz-Josef Sprißler, ebenfalls Landwirt, brachte den Vorschlag ein, man solle vielleicht darüber nachdenken, den Begriff "konventionell" durch einen neuen zu ersetzen. Ein Vorschlag, den Klaus Burger sich notierte. "Darüber kann man sich mal Gedanken machen."

Die Reihe

Mit den Stadtgesprächen will der CDU-Ortsverband Markdorf Bürgern eine Plattform bieten, sich einerseits in ungezwungener Umgebung über aktuelle Themen zu informieren, sich andererseits aber auch selbst an einer Diskussion zu beteiligen. Die Themen reichen von Flucht und Asyl über Stadtentwicklung bis zu Verbraucherschutz. Eingeladen werden Bundes- und Landtagsabgeordnete, andere Mandatsträger oder Fachleute, die sich den Fragen der Bürger stellen.

Das nächste Stadtgespräch ist für Montag, 24. September, geplant. Das Thema lautet "Energie voll in die Zukunft", Landrat Lothar Wölfler wird einen Blick auf die künftige Energiepolitik werfen. (jmh)

Südkurier / Jan Manuel Heß

CDU MECKENBEUREN

Lins spricht berichtet aus dem Agrarausschuss

Norbert Lins MdEP und Mitglied des Europäischen Agrarausschusses war am 20. April auf Einladung der CDU Meckenbeuren in Biegers Hopfenstube gekommen. Das Nebenzimmer war gut gefüllt, was das große Interesse der Landwirte an den aktuellen Entwicklungen innerhalb der EU widerspiegelt.

Norbert Lins führte zuerst aus, dass der mehrjährige Finanzplan der EU durch die fehlenden Gelder des Brexit bestimmt wird. Er ist froh darüber, dass der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU vorsieht, keine Kürzungen am EU Agrarhaushalt vorzunehmen. Hierzu wird es aber sicherlich rege Diskussion im Europäischen Rat geben. Lins selber setzt sich für ein Umforderungsmodell der Finanzmittel zu Gunsten kleinteiliger Landwirtschaften und bäuerlichen Familienbetrieben ein.

Europaabgeordneter Lins spricht sich deutlich für eine Versicherungslösung für Frostschäden aus. Baden-Württemberg sei derzeit in Verhandlungen mit dem Bund, um eine Förderung der Prämie zu erreichen. Allerdings stößt dies im Bund derzeit noch nicht auf viel Gegenliebe, wie Lins berichtet.

Jungbauer Stefan Maenner plädiert für eine Förderung von Qualität statt Masse durch beispielsweise Schutzeinrichtungen gegen Hagel oder Frost. Berthold Bucher dagegen wünscht sich mehr Marktgerechtigkeit durch komplette Abschaffung der Subventionen für Landwirte, wogegen Lins zu bedenken gab, dass alle Staaten der Erde ihre Landwirtschaft fördern.

Was bei vielen Landwirten für Unverständnis sorgt, sind die ihrer Ansicht nach zu geringen Kontrollen im Lebensmittelimport. Hier scheinen im Ausland Spritzmittel verwendet zu werden, die in Deutschland schon seit langem verboten sind. Die Deutschen Verbraucher scheinen trotz

neuer Ökoverordnung nicht engmaschig überwachte Lebensmittel zu bekommen.

Ein weiteres großes Thema, was den Landwirten unter den Nägel brennt, ist die „emotionale und unsachliche Diskussion um Glyphosat“, wie es ein Landwirt beschreibt. „Es scheint sich hierbei mehr um einen öffentlichen Streit zwischen ökologischer und konventioneller Landwirtschaft zu handeln, als eine sachliche Diskussion um wissenschaftliche Erkenntnisse.“ Der Eindruck bei den Landwirten macht sich breit, dass hier Ökoverbände und einzelne Medienvertreter bewusst falsche Informationen streuen.

Die öffentliche Meinung gegenüber Landwirten und die immer wieder aufkommenden Vorwürfe machen alle anwesenden betroffen. „Wir wünsche uns mehr Wertschätzung für die Pflege und den Erhalt unserer Kulturlandschaft.“

CDU Ortsvorsitzende Angela Stofner und die Organisatoren Stefan Maenner und Daniela Dietrich bedankte sich bei MdEP Norbert Lins mit einem Korb heimischer Äpfel und einem Fläschchen Meckenbeurer Obstbrand.



Bild: v.li. Stefan Maenner, MdEP Norbert Lins, CDU Ortsvorsitzende Angela Stofner

Foto: Daniela Dietrich

CDU MECKENBEUREN

Der Landrat zu Besuch bei der Meckenbeurer CDU

Zum Stammtisch der CDU Meckenbeuren mit Landrat Lothar Wölfle, folgten zahlreiche Interessierte der Einladung in die Besenwirtschaft Ranch nach Weiler. Hier kamen neben dem Themen Asyl und B30 auch zahlreiche landwirtschaftliche Themen zur Sprache.

Zu Beginn berichtete Landrat Wölfle über die Situation der Flüchtlingsunterbringung im Bodenseekreis. Hier gehört Meckenbeuren aktuell, im Bereich der Anschlussunterbringung, zu den Kreisgemeinden, die ihre Unterbringungsquote deutlich unterschreitet. Wölfle scheint aber zuversichtlich, dass sich dies bald ändern wird. Durch den baldigen Bezug des neuen Gebäudes in der Zollernstraße und den von der Gemeinde geplanten Neubau soll sich die Lage entspannen. Er berichtet, dass die Zahlen der schutzsuchenden Flüchtlinge deutlich zurückgegangen sind.

Zur Frostschutzberegnung führte der Landrat aus, dass im Bodenseekreis bereits 2007/2008 erstmals Überlegungen aufkamen diese zu fördern, damals wurde es aber für zu teuer empfunden. Es seien so viele Anträge auf Wasserförderung eingegangen, dass die zur Verfügung stehende Wasser nicht ansatzweise ausreicht. Um hier eine gerechte Lösung zu finden, reicht es nicht, einzelne Anträge zu bescheiden, vielmehr braucht man eine Gesamtlösung. Hieran arbeite das Landratsamt in enger Abstimmung mit den landwirtschaftlichen Interessenverbänden. Eine Wasserentnahme aus dem Bodensee sei grundsätzlich möglich. Noch sei unklar wie dieses Wasser zu den Feldern gelangen soll.

Sehr umfangreich wurde das Thema Gewässerrandstreifen, Spritzmittelzulassung und der Zustand der Gewässer im Bodenseekreis

diskutiert. Lothar Wölfle erklärte, dass die Spritzmittelabstände in der Ausbringungsverordnung festgeschrieben wurden und erstmal nichts mit dem tatsächlichen Zustand der Gewässer zu tun hat. Wölfles Ziel sei es eine Änderung der Zulassungsvoraussetzungen von Pflanzenschutzmitteln zu erwirken. Bis dahin müsse das Landratsamt aber geltendes Recht durchsetzen. Im ersten Schritt wurden die Landwirte geschult. Der Vorschlag eines Landwirtes, eine „Vorschrift zur Verwendung von Abdrift mindernden Düsen“ einzuführen, versprach Wölfle an entsprechende Stelle weiterzuleiten.



Zur B30 Umfahrung Meckenbeuren gäbe es leider noch immer keine endgültige Entscheidung des Regierungspräsidiums, wie Wölfle bedauert. Es sei aber in den nächsten Monaten ein weiteres Gespräch im RP geplant. Wölfle hofft hier auf eine Entscheidung zur Trassenführung.

Ein Stammtischbesucher berichtete von Problemen am Otto-Wiegele-Weiher in Gerbertshaus. Der neue Eigentümer, welcher den Weiher von der Gemeinde erworben hat, strebt offensichtlich eine andere Nutzung und Bebauung an, als bisher. Die Prüfung obliegt verschiedenen Stellen im Landratsamt, weshalb Landrat Wölfle gut informiert war. So seien alle Themen im Landratsamt „Chefsache“, die eine

Gemeinde betreffen. Der Landrat versicherte, dass das Landratsamt auch bei diesem Thema geltendes Recht durchsetzen werde.

Gefragt nach dem Glasfaserausbau im „Hinterland“, geht Wölfle davon aus, dass eine flächendeckende Breitbandversorgung nur über öffentliche Zuschüsse möglich sei und eventuelle Fremdfinanzierungen.

Ortsvorsitzende Angela Stofner bedankte sich bei Landrat Lothar Wölfle „für den überaus interessanten und informativen Abend und die spannenden Diskussionen“. Sie verweist auf den nächsten Stammtisch am Montag, 4. Juni um 19.00 Uhr in der Vesperstube Kehlen, wo Volker Mayer-Lay, Kreisvorsitzender der CDU Bodenseekreis, zu Gast sein wird.

CDU FRICKINGEN

Die Vortragsreihe CDU Frickingen ging im Mai weiter.

Unsere Region ist stark geprägt durch den Obstbau. In den letzten Monaten wurde viel diskutiert über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, die übrigens sowohl im konventionellen wie auch im Bioanbau eingesetzt werden. Nachdem zunächst im Thurgau festgestellt wurde, dass bei der Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln nicht immer der vorgeschriebene Gewässerabstand eingehalten wird, ist diese Diskussion nun auch über den See hinweg im Bodenseekreis angekommen. Nachdem MdB Lothar Riebsamen im April seinen Bericht aus Berlin vortrug, folgte nun im Mai Landrat Lothar Wölfle zum Thema:

- **Abstandsaufgaben beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln**
- **Abstandsaufgaben für landwirtschaftliche Kulturen**
- **Gerätetechnik (Pflanzenschutzmittel)**

Der Landrat stellte in seinem Vortrag über 30 Minuten zunächst die Rechtslage dar. Jedes Pflanzenschutzmittel muss von der dafür zuständigen Bundesbehörde zugelassen werden. Unter anderem wird durch die Zulassung auch geregelt, wie jedes Mittel konkret angewendet werden darf. So wird beispielsweise auch die Frage geregelt, in welchem Abstand zu Gewässern ein Mittel eingesetzt werden darf.

Bei dem hierzulande üblichen Mittel Delan sind das 20 Meter; ein Gewässer ist alles, was periodisch oder immer Wasser führt. Tatsächlich hat das Landratsamt festgestellt, dass von den rund 5.500 ha Obstbaufläche im Bodenseekreis auf rund 334 ha Obstbäume näher als 20 Meter an einem Gewässer stehen. Da eine Obstanlage sinnvollerweise nur im Ganzen mit Pflanzenschutz behandelt werden kann, muss man also davon ausgehen, dass auf dieser Fläche das genannte Mittel nicht korrekt angewendet wird.

Die Zulassungsvoraussetzungen für den Pflanzenschutz sind genauso wenig vom Landkreis zu beeinflussen wie die entsprechenden Rechtsgrundlagen. Allerdings ist das Landratsamt gehalten, auf die Einhaltung dieser Vorschriften zu drängen. Dabei, das hat der Landrat wiederholt betont, wolle er im Einklang mit Umweltministerium und dem Ministerium für ländlichen Raum in Stuttgart mit Augenmaß vorgehen und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Betrieben nach Lösungen suchen. Dabei leistet das Landratsamt auch Hilfestellung, etwa in Form von geänderten Spritzfolgen, die die Pflanzenschutzgruppe des Landratsamtes am KOB (Kompetenzzentrum Obstbau Bodensee) erarbeitet hat, oder in Form von Beratung bei Spritzmitteln und Spritzgeräten. Allerdings, so der Landrat, die gesetzlichen Vorgaben gelten und das Landratsamt hat deren Einhaltung und Umsetzung zu beachten. Und diese rechtlichen Regelungen gelten in aller Regel seit Jahren oder Jahrzehnten, so dass hier auch keine Diskussionsmöglichkeit gegeben ist. Im

Anschluss folgte dann eine rund zweistündige Fragerunde, mit Fragen wie der Sonderregelung „Altes Land“ bei Hamburg, der der Landrat eine klare Absage erteilte. Man könne nicht bei Phosphatfällung und Netzgehegen den Bodensee als größten Trinkwasserspeicher Europas betonen und beim Pflanzenschutz ein Auge zudrücken. Das sähe auch die Landesregierung so, deshalb wird der Idee, eine ähnliche Regelung wie im „Alten Land“ anzustreben, keine Chance eingeräumt. Allerdings haben sich Landratsamt und Ministerium für den ländlichen Raum auf Bundesebene stark gemacht für eine Änderung der Zulassungsvoraussetzungen, die die mittlerweile gegebenen technischen Möglichkeiten wie etwa die der Spritzmittelabdriftminderung einbezieht. Zu allen Fragen nahm Landrat Wölfle Stellung und beantwortete diese nach bestem Wissen oder nahm Anregungen auf, die er an seine Fachabteilungen weiter reicht. Zum Ende der Veranstaltung bedankte sich der Vorsitzende der CDU Frickingen bei allen Gästen, beim BLHV für das Einladungsschreiben an die landwirtschaftlichen Betriebe und bei Landrat Lothar Wölfle für seinen Vortrag mit Fragerunde. Im Anschluss konnte man in gemütlicher Runde weiter diskutieren und den Abend gemütlich ausklingen lassen.

CDU SIPLINGEN

Josef Dichgans gibt sein Gemeinderatsmandat weiter

Der Rechtsanwalt Josef Dichgans war 34 Jahre Gemeinderat in Sipplingen. Nun hat er sich aus dem Gemeinderat zurückgezogen. Er gehörte von 1984 dem Gemeinderat an, von 1989 bis 2004 war er außerdem Mitglied des Kreistages. Zu seinen Ämtern gehörte auch lange Jahre der CDU Vorsitz in Sipplingen.

Wie er dem Südkurier mitteilte, begründete er sein Ausscheiden aus dem Gemeinderat mit der

nachlassenden Faszination für diese Aufgabe. Gerne macht er Platz für den jetzigen CDU Vorsitzenden Uli Kammerer.

Josef Dichgans zeichnete sich in seiner Tätigkeit als Gemeinderat dadurch aus, dass er klar und unnachgiebig seine Meinung formulierte. Auch war sein Rechtsverständnis immer wieder gefragt. Die direkte und konkrete Mitgestaltung örtlicher Belange war Triebfeder für ihn. Dabei zeigte er eine wertkonservative Grundhaltung, der schnelle Meinungswechsel war ihm fremd. In einem so alten Dorf wie Sipplingen das Wertvolle am Ortsbild und im Sozialwesen zu erhalten, nicht nur weil es im Moment opportun scheint auf völlig Neues zu setzen, war ihm ein besonderes Anliegen. Er wollte keine Denkmale sehen, die mit seinem Namen verbunden sind. Gemeindeentwicklung ist langfristig angelegt.



Wie im Südkurier zu lesen war, appelliert Josef Dichgans an die junge Generation von Gemeinderäten, sich immer bewusst zu sein, dass sie die Bürger vertreten und nicht eine „herrschende Klasse“ angehören. Die Gemeinderäte dienen. Auch stellte er fest, dass die Suche nach einem guten Einvernehmen und auch menschlich guten Verhältnissen in seinen früheren Gemeinderatsjahren ernster genommen wurde. Die massive Lust an Veränderungen sei nicht im Vordergrund gestanden. Außerdem wird die Arbeit des Gemeinderates seiner Meinung nach immer mehr durch Vorschriften eingengt.

Politisch weiter aktiv bleibt Josef Dichgans als Landesvorsitzender der Christdemokraten für das Leben. Ebenso widmet er sich weiterhin seinem Berufsleben als Anwalt und mehrfacher Aufsichtsrat.

Text: Holger Kleinstück

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE ARBEITNEHMERSCHAFT (CDA)

Axel Häberle als Kreisvorsitzender der CDA bestätigt.

Der CDA Kreisverband (CDU Sozial Ausschüsse) traf sich vergangenen Freitag in Hagnau zu seiner diesjährigen Kreismitgliederversammlung des Bodenseekreises. Als Thema wurde aus aktuellem Anlass das Arbeitspapier "BÜROKRATIEABBAU 4.0" vom CDA-Bezirksvorsitzenden Markus Schraff aus Oberteuringen in den Mittelpunkt der Versammlung gerückt. Hieran wurde intensiv gearbeitet und ein umfassender Beschluss gefasst. Das Papier, welches schon sehr bald auf Bezirks- und Landesebene des CDA diskutiert und auch weiter beschlossen werden soll, zielt darauf ab, die Menschen im Bodenseekreis aber auch darüber hinaus von der massiv zunehmenden Bürokratisierung zu befreien bzw. einen realistischen Bürokratieabbau konkret anzugehen. Klar ist, dass Initiative an diesem Abend vom Bodenseekreisverband ausgeht und dann auf Bezirks- und Landesebenen bis hin zur Bundesebene auf die gesetzlichen Grundlagen Einfluss genommen werden soll. "Wir müssen bereits auf kommunaler Ebene beginnen den Bürokratieabbau im Kleinen zu beginnen, aber auch den über geordneten Verwaltungsebenen klar machen, dass ein Bürokratieabbau in erheblichem Maße erforderlich ist, um mittel und langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben" so der im Amt des CDA Kreisvorsitzenden einstimmig wiedergewählte Axel Häberle aus Hagnau. Demnächst wird sich die sich die

Bezirksversammlung des CDA erneut mit diesem Arbeitspapier beschäftigen und eine Entscheidung über das weitere Vorgehen und die politische Umsetzung vornehmen. Nach Vorstellung der anwesenden Mitglieder müssen alle Abgeordneten des Landtags wie des Bundestages bis hin zu den Europaabgeordneten mit den Forderungen konfrontiert werden. Nur so wird es mittel- und langfristig möglich sein einen echten und bürgernahem Bürokratieabbau realisieren zu können. Der CDA des Bodenseekreises wird Nachhaltigkeit des beschlossenen Papiers dauerhaft beobachten und ggf. unterstützende politische Initiativen auch im Landkreis starten.



Das Foto zeigt den CDA Kreisvorsitzenden Axel Häberle (ganz links) neben anderen Vorstandsmitgliedern sowie dem Bezirksvorsitzenden Markus Schraff (Mitte).

JUNGE UNION

Junge Union Bodensee startet die Reihe der Betriebsbesichtigungen bei der Molkerei Bergpracht

Als Auftaktveranstaltung des neuen Geschäftsjahres lud die Junge Union Bodensee zur Besichtigung der Molkerei Bergpracht in Tettwang – Siggenweiler ein.

Prominente Unterstützung kam zudem in Person des Landtagsabgeordneten Klaus Burger aus Sigmaringen, der Mitglied im Ausschuss

Ländlicher Raum und Verbraucherschutz ist.

Informationen über den Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Molkerei, den Milchmarkt und das Molkereigeschäft im Wandel der Zeit vermittelte dabei der Geschäftsführer Karl – Georg Geßler persönlich.

Der Familienbetrieb der dritten Generation trägt auch heute noch viel für die Region Bodensee bei. Das Milcheinzugsgebiet der Molkerei liege zwischen Bodensee und Allgäu und reiche dabei bis nach Tuttlingen, so Geßler. Um im Strukturwandel von den bäuerlichen Kleinbetrieben hin zu Großbetrieben wettbewerbsfähig zu bleiben bietet Bergpracht Bio- und Gentechnikfreie Produkte ebenso wie Produkte, die den Standards kosher und halal genügen an. Alleinstellungsmerkmal allerdings stellen die in verschiedenen Größen hergestellten IQF – Produkte (individuell quick frozen) dar. Aufgrund des Expressfrostes sind diese länger haltbar als normaler Käse, besser zu verarbeiten und bei Bedarf auch besser zu versenden. In Ausnahmefällen geschehe dies sogar bis nach Asien. Besonders stolz berichtete Geßler zudem vom Aufbau seines Betriebes „ Wir beschäftigen hier 85 Mitarbeiter, die durchschnittlich 14 Jahre im Betrieb verbleiben. Unsere 2.900 t Käse und 100 t Butter, die wir pro Jahr herstellen stammen von 7.000 Milchkühen und 170 Milchbauern aus der Region. Auch die Verwaltungsarbeiten wie Finanz -, Lohnbuchhaltung und Vertrieb werden von unseren Mitarbeitern übernommen und nicht ausgelagert.“ Von der guten Qualität der Produkte konnten sich die Teilnehmer während der Veranstaltung selbst überzeugen.

Die Junge Union Bodensee bedankt sich für den umfangreichen Einblick in die Welt der Molkereien und die damit zusammenhängenden Faktoren. JU Kreis- und Ortsvorsitzender von Tettwang Daniel Funke ist überzeugt: „Auch in Zukunft müssen Verbraucher sowie Politiker diese Handelskette bei Ihrem Handeln im Blick behalten. Die Molkerei Bergpracht trägt zum wirtschaftlichen Erfolg der Bodenseeregion bei.

Unser Veranstaltungsformat der regionalen Betriebs- und

Die Junge Union Bodensee mit Gf. Geßler (1.v. links) und Klaus Burger MdL (3.v. links) sowie JU Kreisvorsitzender Daniel Funke (4. v. links).



Institutionsbesichtigungen im Kreisverband ist ein wichtiger Schritt, um mit den unterschiedlichsten Betrieben in Kontakt zu sein und auf deren Belange von politischer Seite eingehen zu können, damit der wirtschaftliche Erfolg unserer Region gesichert und gestärkt werden kann.“

FRAUEN UNION

CDU Damen besuchen Paralympics Gewinnerin im Sanitätshaus Trapp

Interessierte Damen der Frauen Union Bodenseekreis waren zu Besuch im Sanitätshaus Trapp in Friedrichshafen und informierten sich über die Produktion und Herstellung von orthopädischen Hilfsmitteln aller Art. Geschäftsführer Daniel Trapp hatte nicht nur viele Informationen parat. Als besonderes Highlight war auch die Paralympics Gewinnerin Anna Lena Forster dabei, die er seit einigen Jahren betreut. Trapp war maßgeblich an der Herstellung des Mono Skis beteiligt und fertigt aktuell ihre neue Prothese.



Nach einer kurzen Begrüßung durch Beate Künze, stellvertretende Vorsitzende der Frauen Union Bodenseekreis, und MdB Lothar Riebsamen führte Daniel Trapp die Besucher durch das vor einem Jahr eröffnete Sanitätshaus. Neben Hightech Geräten, die die optimale Passform der Einlagen und Prothesen bestimmen, zeigte Trapp den anwesenden Damen und Herren moderne Maschinen, die maßgeschneiderte Schuheinlagen herstellen. Im Anschluss an den Rundgang berichtete Anna Lena Forster, wie sie ihr Leben mit der Behinderung meistert und mit dieser sogar mehrere Goldmedaillen bei Olympia holen konnte. Mit großer Dankbarkeit schaut die junge Frau auf ihr bisheriges Leben zurück, welches nicht nur mit viel Ehrgeiz sondern auch mit großer Unterstützung der Eltern so erfolgreich läuft. Neben dem Studium der Psychologie in Freiburg, trainiert sie jetzt schon mehrmals pro Woche um im kommenden Winter wieder auf der Piste durchstarten zu können. Anna Lena Forster ist eine starke Frau, die trotz Behinderung ihr Leben meistert und ihre Ziele mit viel Mut und Ehrgeiz anpackt.

Die FU-Vorsitzende Edeltraut Feistner dankte für die einmalige Chance eine außergewöhnliche Frau kennenlernen zu dürfen und gleichzeitig ein besonderes Unternehmen, das zu den Medaillenerfolgen durch ausgefeilte Technik beitragen konnte. Der Besuch sollte die Wertschätzung ausdrücken.



Bild (privat): Geschäftsführer Daniel Trapp zeigt raffinierte Schuheinlagen, die das Tragen von Pumps erleichtern.

NORBERT LINS MdEP

EU gegen unfaire Handelspraktiken

Gesetzesvorschlag der EU-Kommission will Landwirte gegenüber Supermarktketten stärken

Die EU-Kommission möchte die Stellung von Erzeugern aus Landwirtschaft und Nahrungsherstellung gegenüber Discountern und Handelsketten stärken. Einen entsprechenden Gesetzesvorschlag stellte im April EU-Agrarkommissar Phil Hogan vor. Unfaire Handelspraktiken sollen nach diesem Vorschlag zukünftig verboten werden. Dazu zählen plötzliche Stornierungen von Aufträgen, Zahlungsverzögerungen, einseitige nachträgliche Vertragsänderungen und Abschlüsse für verdorbene Ware, für die der Lieferant nicht verantwortlich ist.

„Meine Kollegen im Europäischen Parlament und ich haben schon länger Maßnahmen dieser Art gefordert. Aus unserer Sicht geht der Vorschlag der EU-Kommission in die richtige Richtung: Wir möchten damit kleinen und mittelgroßen Betrieben unter die Arme greifen und sie gegenüber dem Handel stärken. Unser Anliegen

ist, dass die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft gewahrt bleiben. Wenn Landwirte durch den Marktdruck größerer Handelsketten erpresst werden, muss die EU einschreiten und faire Bedingungen für alle Marktteilnehmer garantieren“, erklärt der Europaabgeordnete Norbert Lins.



Der Gesetzesvorschlag der EU-Kommission überlässt den Mitgliedstaaten viel Entscheidungsgewalt und soll ergänzend zu bestehenden Gesetzen eingeführt werden. „Die Liste von verbotenen Handelspraktiken ist bereits ordentlich erarbeitet. Dennoch werden mit Sicherheit noch einige Änderungen und Konkretisierungen mit einfließen, die vom EU-Parlament kommen. Im Großen und Ganzen bin ich der Meinung, dass die Mindeststandards und Verbotlisten zusammen mit schon bestehenden Regelungen ein solides System zur Bekämpfung von unfairen Marktpraktiken bilden“, fasst der Europaabgeordnete zusammen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass Beschwerdeführer anonym bleiben können. Norbert Lins erklärt dazu: „Behörden sollen nicht nur auf Eigeninitiative, sondern auch nach Beschwerden von Außenstehenden ermitteln dürfen. Diesen Außenstehenden muss man absolute Anonymität und Geheimhaltung garantieren können. Das ist aus meiner Sicht unabdingbar.“

NORBERT LINS MdEP

EU-Parlament überprüft Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel

Seit März bin ich Vollmitglied und Co-Berichterstatter im neuen „Sonderausschuss für das Genehmigungsverfahren der Union für Pflanzenschutzmittel“ des Europäischen Parlaments. Dieser Sonderausschuss wird das Verfahren überprüfen, welches zur Zulassung jeglicher Pflanzenschutzmittel in der EU dient. Anlass hierzu ist die kontrovers diskutierte Verlängerung der Genehmigung von Glyphosat um fünf weitere Jahre.

Der Ausschuss besteht aus insgesamt 30 Vollmitgliedern, denen nur vier deutsche Abgeordnete begehören: Maria Noichl (S&D), Ulrike Müller (ALDE), Arne Gericke (ECR) und ich selbst, als einziges der deutschen EVP-Mitglieder. Als Co-Berichterstatter habe ich gemeinsam mit meinem belgischen Kollegen Bart Staes von den europäischen Grünen die Aufgabe, zu analysieren, wo es mögliche Schwachstellen im europäischen Zulassungsverfahren gibt und wie man Verbesserungen für Verbraucher und Industrie erreichen kann.

Grundsätzlich betrachte ich die Einsetzung eines Sonderausschusses mit Vorsicht. Meines Erachtens sollte die Arbeit eines Parlaments in den jeweiligen Fachausschüssen erfolgen und Sonderausschüsse nur die Ausnahme darstellen. Auch aufgrund des großen öffentlichen Interesses gilt es nun aber, die Qualität der Studien und den möglichen Einfluss der Industrie genau zu prüfen. Dies wird eine schwierige und herausfordernde Aufgabe.

Während der neunmonatigen Mandatszeit werden wir Experten anhören, um uns ein vollständiges Bild der Prozesse und Herausforderungen machen zu können. Es ist mir wichtig, dass wir uns diesem kontrovers-

diskutierten Thema von allen Seiten nähern und uns vor allem auf wissenschaftliche Grundlagen stützen. Im Blickpunkt der Analyse stehen die nationalen Behörden, die europäischen Agenturen und Institutionen sowie die Entwicklungs- und Anwendungsprozesse in der Industrie und in den Forschungseinrichtungen. Im Detail wird es darum gehen, sicherzustellen, dass das EU-Genehmigungsverfahren unabhängig und transparent abläuft und dass die EU-Agenturen sich an geltende Vorschriften halten. Auch die Frage, ob die europäischen Agenturen mit ausreichend Personal und Finanzmitteln ausgestattet sind, um ihren Aufgaben nachzukommen, wird der Sonderausschuss behandeln.

Bei der bevorstehenden Arbeit ist mir eine objektive Herangehensweise wichtig. Aus diesem Grund vertrete ich auch weiterhin meinen Standpunkt der letzten Jahre: Die Diskussion über das Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln muss sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen. Vorverurteilungen und eine emotionsgeladene Herangehensweise dürfen hierbei nicht die Grundlage im politischen Entscheidungsprozess bilden.

LOTHAR RIEBSAMEN MdB

Bericht aus Berlin - Wir starten durch Haushalt steht für Weitsicht und Kontinuität

Sicherlich, die Regierungsbildung hat Kraft und Zeit gekostet. Mit dem Haushalt für das Jahr 2018 und der mittelfristigen Finanzplanung haben wir nun aber ein wichtiges Signal für Kontinuität und Nachhaltigkeit, nicht nur in der Haushaltspolitik, gegeben. Ich bin sehr zufrieden, dass Bundesfinanzminister Olaf Scholz den Kurs von Dr. Wolfgang Schäuble weiterfährt

und auch für eine solide Haushaltspolitik steht. Damit erreichen wir 2019 erstmals seit 2002 eine Schuldenquote von unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Verhandlungen zum Haushalt haben aber auch gezeigt, dass wir Konflikte mit dem Koalitionspartner, wenn uns um die Ausgabenhöhe und die Prioritäten geht, nicht aus dem Weg gehen werden. Ganz im Gegenteil: Gerade den Verteidigungsetat müssen wir mit mehr Geld ausstatten um unsere Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten innerhalb der NATO nachzukommen. Ich kann deshalb gut nachvollziehen, dass Bundesverteidigungsministern Ursula von der Leyen nur unter Vorbehalt dem Haushaltsentwurf zugestimmt hat. Wir sind es unseren Soldatinnen und Soldaten mehr als schuldig sie erstklassig auszustatten.

Wohnungsbau wird Chefsache

Die Knappheit an bezahlbarem Wohnraum, sowohl in den Ballungszentren, als auch im ländlichen Raum, müssen wir beseitigen. Die von der SPD in der vergangenen Legislaturperiode durchgeboxte Mietpreisbremse hat nicht den notwendigen Erfolg gebracht. Mir war schon damals klar, dass allein damit die Wohnungsnot nicht gebändigt werden kann. Nur wenn wir mehr Wohnungen bauen, werden wir auch den angespannten Wohnungsmarkt entlasten können. Wir werden bis zum Sommer wichtige Gesetze auf den Weg bringen, wie die Einführung des Baukindergeldes, die Sonderabschreibung für Mietwohnungsbau und Änderungen im Mietrecht.

Flexibilität für Arbeitnehmer – aber nicht auf Kosten der Unternehmen!

Das Kabinett hat den Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts und zur Einführung einer Brückentei



zeit beschlossen, den wir im Koalitionsvertrag verabredet haben. Die Union hat sich dabei für eine Lösung eingesetzt, die das Arbeitsleben für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessert, ohne gleichzeitig einen Mehraufwand vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen zu schaffen. Die Brückenteilzeit bietet Arbeitnehmern die Chance, sich durch eine vorübergehende Reduzierung der Arbeitszeit verstärkt ehrenamtlich zu engagieren, sich weiterzubilden oder in

wichtigen Lebensabschnitten für die Familie da zu sein. Ein Großteil der Beschäftigten wünscht sich eine solche Flexibilität. Allerdings darf diese nicht auf Kosten der Wirtschaft gehen. Die Fraktion hat sich deshalb dafür stark gemacht, auch für die Unternehmen verträgliche Bedingungen zu schaffen. So sind kleine Unternehmen von der Regelung ausgenommen, da erst ab 45 Mitarbeitern eine Brückenteilzeit gewährt werden muss. Eine Zumutbarkeitsregelung legt außerdem fest, dass diese von Arbeitgebern abgelehnt werden darf, wenn pro angefangene 15 Beschäftigte bereits ein Arbeitnehmer in Brückenteilzeit arbeitet. Außerdem ist die Brückenteilzeit zeitlich auf fünf Jahre begrenzt und darf nur in Anspruch genommen werden, wenn das Arbeitsverhältnis seit mehr als sechs Monaten besteht. Schließlich sind bestimmte Gründe Voraussetzung, um eine zeitlich begrenzte Verringerung der Arbeitszeit durchsetzen zu können – dazu gehören zum Beispiel Kindererziehung und Pflege.

Europa neue Impulse geben – Subsidiarität muss Politik leiten

Dem Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses sind wir als Christdemokraten gerade im Hinblick auf das Erbe von Konrad Adenauer und Helmut Kohl in besonderem Maße verpflichtet. Die Europäische Union befindet sich in einer schwierigen Phase, die von weltweiten Krisen, der Globalisierung sowie vom Erstarken von europafeindlichen populistischen Kräften geprägt ist. Es ist deshalb besonders wichtig, dass wir energisch die EU im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik

weiterentwickeln. Auch die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden, müssen wir dringend korrigieren. Diese haben nicht zuletzt zu einer immer größeren Euroskepsis geführt. Ich bin der Ansicht, dass innerhalb der EU noch stärker das Prinzip der Subsidiarität Anwendung finden muss. Was in kleinen Verwaltungseinheiten geregelt werden kann, soll auch weiterhin eine Aufgabe beispielsweise der Kommunen bleiben. Gerade weil dieser Grundsatz in der Vergangenheit nicht immer vollends unsere Politik bestimmt hat, haben wir es nun mit Kritik von vielen Seiten zu tun. Die weltweiten Krisen fordern uns heraus. Gerade deshalb dürfen wir uns nicht in der Regelung von Details verzetteln, sondern müssen geeinigt die großen Probleme, wie beispielsweise die Flüchtlingsproblematik gemeinsam lösen. Mit unseren europäischen Partnern, allen voran Frankreich, werden wir in den kommenden Monaten wichtige Reformen auf den Weg bringen.

Anhaltende Hoffnung auf eine europäische Lösung in der Asylkrise

Die jüngste Kriminalitätsstatistik zeigt einen Rückgang der Kriminalität in Deutschland. Die Zahl der erfassten Straftaten ist so niedrig wie seit 25 Jahren nicht mehr. Das ist sehr erfreulich. Allerdings reicht es natürlich nicht aus, nur die Statistik im Blick zu haben. Durch die verstärkte Berichterstattung in den Medien weicht die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger stark von der Realität ab. Deshalb müssen wir die Sorgen der Bürger besonders ernst nehmen. Der Staat muss den ihnen mit all seinen zur

Verfügung stehenden Mitteln ein Gefühl der Sicherheit geben und darf ihr Vertrauen in den Rechtsstaat nicht enttäuschen. Wir wissen aus den Ländern, dass gerade Strafverfolgungsbehörden und die Justiz in vielen Bereichen nicht richtig ausgerüstet und überlastet sind. Der Bund hat sich mit dem Koalitionsvertrag zu seiner Verantwortung bekannt und wird die Bundespolizei stärken sowie die Justiz mit mehr Richterstellen ausstatten. Doch auch die Länder müssen Ihren Beitrag leisten und die finanziellen Spielräume, die wir durch Entlastungen in Milliardenhöhe geschaffen haben, auch für die Innere Sicherheit aufwenden.

Zu den Sicherheitsbedenken vieler Bürgerinnen und Bürger zählt auch die Kontrolle an den deutschen Außengrenzen. Über den Umgang mit dieser herrscht momentan Uneinigkeit in unserer Fraktion. Dabei stehe ich auch heute noch hinter den Entscheidungen, die auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 getroffen wurden. Wir haben das Mögliche getan, um eine humanitäre Katastrophe an unseren Grenzen abzuwenden. Vorerst möchte ich den EU-Gipfel Ende des Monats abwarten, um vielleicht doch noch eine europäische oder zumindest bilaterale Lösung zu finden. Sollten diese scheitern, würde ich dann aber stärkere Grenzkontrollen und direkte Zurückweisungen an den Grenzen akzeptieren. Die Frage wird dann aber sein, ob EU-Grenzstaaten wie Italien oder Griechenland weiterhin registrieren. Sollte dies nicht der Fall sein, käme es umso schlimmer. Entsprechende Erfahrungen haben wir schon 2015 gemacht.

KLAUS BURGER MdL

1,11 Millionen Euro aus dem Ausgleichstock für den westlichen Bodenseekreis

Unter dem Vorsitz von Regierungspräsident Klaus Tappeser wurde im Verteilungsausschuss, dem auch Vertreter der Kommunalen Landesverbände angehören, die Entscheidung über die Verteilung der Ausgleichstockmittel getroffen. Schulen und Kindergärten bilden Investitionsschwerpunkte.

Mit dem Ausgleichstock unterstützt das Land Baden-Württemberg vor allem die Infrastruktur und die Wirtschaft der Gemeinden im ländlichen Raum und leistet einen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Regierungsbezirk Tübingen. Verteilt wurden dieses Jahr insgesamt 21,6 Millionen Euro. Der CDU-Betreuungsabgeordnete Klaus Burger freut sich



über die Förderung für Gemeinden im westlichen Bodenseekreis:

„Die Fördergelder dienen dazu, gleichwertige Lebensbedingungen in den Gemeinden zu schaffen. Vor allem finanzschwache Gemeinden sollen somit gestärkt werden und der Ländliche Raum und die örtliche Wirtschaft angekurbelt werden. Besonders stark gefördert wurde der wichtige Pflichtaufgabenbereich „Bau und Sanierung von Schulen sowie von Kindergärten und Kinderkrippen“, sowie das Feuerlöschwesen. Neben dem Neubau von öffentlichen Einrichtungen werden auch die Finanzierung dringend erforderlicher Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Gebäuden sowie das Feuerwehrwesen gefördert. Kommunale Pflichtaufgaben wie Schulen und Kindergärten, auch mit den aktuellen Schwerpunkten der Ganztagesbetreuung und ins-besondere der

Kleinkindbetreuung, wurden bei der Mittelverteilung vorrangig berücksichtigt. Zudem werden Sportstätten, Dorfgemeinschaftshäuser, Bürgersäle und Versammlungsräume gefördert, damit auch in den kleineren Gemeinden der Rahmen für ein Gemeinschaftsleben geschaffen wird.

In den Genuss der Förderung kommen Projekte in den Gemeinden Bermatingen, Deggenhausertal, Meersburg, Oberteuringen, Owingen, Salem und Überlingen.

Innovationsprogramm Pflege: Rund 300.000 Euro fließen in den Bodenseekreis

Kürzlich wurden die Projekte bekanntgegeben, die in diesem Jahr über das Innovationsprogramm Pflege durch das Ministerium für Soziales und Integration gefördert werden. Im Bodenseekreis profitiert davon die Sozialstation Salem mit insgesamt

300 000 Euro für die Einrichtung eines nicht an stationären Strukturen ausgelegtes Tages- und Nachtzentrums. Dies gibt der Sigmaringer Landtagsabgeordnete Klaus Burger bekannt.

Das Innovationsprogramm Pflege fördert bereits seit dem Jahr 2013 vorbildgebende Pflege- und Versorgungsmodelle, die Leuchtturmcharakter für die baden-württembergische Pflegelandschaft haben. „Ziel ist es, vorhandene Pflegeangebote vor Ort besser zu vernetzen, Pflege-WGs aufzubauen und die Schaffung von neuen Tages-, Nacht- sowie Kurzzeitpflegeplätzen gerade auch im ländlichen Raum zu unterstützen“, erläutert Klaus Burger, der selbst Mitglied des Sozialausschusses im baden-württembergischen Landtag ist. Im Jahr 2018 ist das Innovationsprogramm Pflege mit insgesamt 3,5 Mio. Euro dotiert.

Mit ihrem Abschlussbericht habe die Enquete-Kommission „Pflege“ des Landtags dem Parlament und der Regierung einen umfassenden Katalog an Handlungsempfehlungen an die Hand gegeben. „Dieser wird nun sukzessive umgesetzt. Dabei kommt der bedarfsgerechten Gestaltung des sozialräumlichen Umfelds der pflegedürftigen Menschen und der Unterstützung ihrer pflegenden Angehörigen zentrale Bedeutung zu, sagt Burger.

72 Prozent der pflegebedürftigen Menschen im Land würden zu Hause versorgt. 60 Prozent von Ihnen ausschließlich durch Angehörige. „Diese Menschen sind der größte Pflegedienst im Land und auf wohnortnahe Unterstützungs- und

Beratungsangebote zwingend angewiesen“, so der Landtagsabgeordnete.

Angesichts dessen werde das Innovationsprogramm Pflege auch im Jahr 2019 fortgeführt. Das Land beabsichtigt, 2019 rund 2,5 Millionen Euro einzusetzen, um dem Wunsch der meisten pflegebedürftigen Menschen entsprechend ambulante Pflegearrangements zu stärken und gleichzeitig pflegende Angehörige sowie vergleichbar nahestehende Pflegepersonen zu unterstützen und zu entlasten.

Termine CDU Bodenseekreis

Datum	Beginn	Wer	Was
Sonntag, 19. August 2018	11.00 bis 18.00 Uhr	CDU Langnau/Laimnau	Kürbisfest auf dem Hof Engelbert Lanz in Unterlangnau mit Kürbisspezialitäten, Kaffee und Kuchen. Infos bei M. Ehrle
Dienstag, 28. August 2018	19.00 Uhr	CDU Tettngang	Bürgerstammtischwanderung mit Wolfgang Ruther zur neuen Hopfenhalle Infos bei S. Zwisler.
Mittwoch, 5. September 2018	20.00 Uhr	CDU Meckenbeuren	Stammtisch in Bieggers Hofstube mit unserem Landtagsabgeordneten August Schuler. Infos bei D. Dietrich.
Samstag, 8. September 2018	18.00 Uhr	CDU Ailingen	CDU Grillfest auf dem Hof Wieland. Infos bei P. Salomon
Samstag, 15. September 2018	10.00 Uhr – 13.00 Uhr	CDU Meckenbeuren	Berufs- und Ausbildungsbörse in der Humpishalle Brochenzell. Infos bei A. Stofner.
Samstag, 22. September 2018		CDU Bermatingen	Herbstschmaus und Weinprobe am Fischweiher in Bermatingen. Infos bei C. Uhl.
Montag, 24. September 2018	19.30 Uhr	CDU Markdorf	CDU-Stadtgespräch mit Landrat Lothar Wölfle. Infos bei S. Schwaderer.
Dienstag, 25. September 2018	20.00 Uhr	CDU Tettngang	Bürgerstammtisch im Feuerwehrhaus in Tettngang mit Vertretern der Jugendfeuerwehr. Infos bei R. Rehm.
Mittwoch, 26. September 2018		CDU Frickingen	Bürgerstammtisch Infos bei H. Rimmelé
Donnerstag, 4. Oktober 2018	19.00 Uhr	CDU Meckenbeuren	Stammtisch in der TSV Vereinsgaststätte mit Dr. Josef Sauter, Vors. der CDU Gemeinderatsfraktion. Infos bei D. Dietrich.

Freitag, 5. Oktober 2018	ganztägig	CDU Bodenseekreis	Busfahrt für Neumitglieder und Interessierte mit Besuch der Hochschule für Polizei in Biberach und anschl. geselligen Programm rund um Bad Schussenried. Infos bei Minister a.D. Ulrich Müller.
Mittwoch, 10. Oktober 2018		CDU Frickingen	Vortrag „Haus und Grund“ mit unserem Kreisvorsitzenden Volker Mayer-Lay. Infos bei H. Rimmelé
Donnerstag, 25. Oktober 2018	20.00 Uhr	CDU Ailingen	Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen Infos bei P. Salomon
Dienstag, 30. Oktober 2018	20.00 Uhr	CDU Tettngang	Bürgerstammtisch zur aktuellen Bundespolitik mit Lothar Riebsamen MdB im Hotel Rad. Infos bei F. Spleiß
Montag, 5. November 2018	19.00 Uhr	CDU Meckenbeuren	Stammtisch „Alte Schussen“ Kehlen mit Franz Assfalg zum Entwicklungskonzept Kehlen. Infos bei D. Dietrich
Donnerstag, 8. November 2018	19.00 Uhr	CDU Langnau/Laimnau	„Wölfe tischt auf“ im Gasthaus „Traube“ in Wielandsweiler. Unser Landrat kocht sein Lieblingsgericht und diskutiert mit den Bürgern. Infos bei M. Ehrle
Dienstag, 13. November 2018	19.30 Uhr	CDU Markdorf	Jahreshauptversammlung mit dem Parl. Sts. und CDU-Bezirksvorsitzenden Thomas Bareiß MdB. Infos bei S. Schwaderer.
Samstag, 17. November 2018	10.00 Uhr	CDU Bodenseekreis	Kreisparteitag in Überlingen-Bambergen. Infos bei M. Ehrle
Dienstag, 27. November 2018	20.00 Uhr	CDU Tettngang	Bürgerstammtisch im Gasthof „Krone“ Infos bei S. Zwisler
Dienstag, 4. Dezember 2018	20.00 Uhr	CDU Meckenbeuren	Stammtisch im Wirtshaus Schloss in Brochenzell. Infos bei D. Dietrich
Montag, 21. Dezember	18.30 Uhr	JU Bodenseekreis	Weihnachtsfeier beim trad. Schnitzeessen im „Spitalkeller im Steinhaus“ in Überlingen. Infos

2018			bei D. Funke
Dienstag, 22. Dezember 2018	18.00 Uhr	CDU Ailingen	Traditionelle CDU Waldweihnacht auf dem Horach. Infos bei P. Salomon.

Termine CDU Bezirksverband

Datum	Beginn	Wo	Was
13. Oktober 2018	10.00 Uhr	Rottenburg	Bezirksparteitag

Termine CDU Landesverband

Datum	Beginn	Wo	Was
21. + 22.Sept. 2018		Rust	Landesparteitag

Termine CDU Bundesverband

Datum	Beginn	Wo	Was
6.-8.Dezember 2018		Hamburg	Bundesparteitag

IMPRESSUM

Herausgeber: CDU- KV Bodenseekreis

**Bahnhofstr. 8, 88250 Weingarten, Tel. 0751/560 925 20, Fax
0751/ 560 925 50, Email info@cdu-bodenseekreis.de**

**Verantwortlich: Volker Mayer-Lay, Beate Künze, Daniela
Dietrich, Manfred Ehrle**

Bitte senden Sie Ihre Beiträge an